

II-9056 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 45641J

A n f r a g e

1989 -11- 16

der Abgeordneten Mrkvicka
an den Herrn Bundesminister für Inneres
betreffend illegale Ausländerbeschäftigung

Insbesondere aufgrund der Entwicklung in Osteuropa kommen zunehmend Ausländer nach Österreich, die hier Arbeit suchen und von österreichischen Unternehmen illegal, ohne Genehmigung der Arbeitsmarktverwaltung, beschäftigt werden. Aus etlichen Herkunftsländern können sie sichtsvermerksfrei einreisen.

Derzeit handelt es sich bei den meisten dieser Ausländer um polnische Staatsangehörige. Nach Ansicht der unterzeichneten Abgeordneten stellt ihre illegale Arbeitstätigkeit nicht nur einen Verstoß gegen arbeitsrechtliche Vorschriften dar, sondern in dem speziellen Fall auch einen Verstoß gegen das österreichisch-polnische Abkommen über die Aufhebung der Sichtsvermerkspflicht.

Da die Ahndung der Verstöße gegen die arbeitsrechtlichen Vorschriften in vielen Fällen nicht ausreichend wirksam wird, müssen auch alle sonstigen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die illegale Beschäftigung von Ausländern wirksam zu unterbinden. Denn der bestehende illegale Arbeitsmarkt schädigt die Interessen der österreichischen Arbeitnehmer, aber ebenso die Interessen der schon länger legal in Österreich lebenden und arbeitenden ausländischen Staatsangehörigen und letztlich auch die Interessen der illegal Beschäftigten, die ihrer Tätigkeit ohne soziale Absicherung nachgehen.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Inneres nachstehende

- 2 -

A n f r a g e

1. Inwieweit verstoßen fremde Staatsangehörige, die als Besucher in Österreich einreisen, um hier illegal zu arbeiten oder unerlaubt einer Handelstätigkeit nachzugehen, gegen bestehende bilaterale Abkommen? Inwieweit gilt dies insbesondere für polnische Staatsangehörige hinsichtlich der Bestimmungen des österreichisch-polnischen Abkommens über die Aufhebung der Sichtvermerkspflicht?
2. Welche Maßnahmen kann das Innenministerium treffen, um die einreisenden Ausländer ausreichend über die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen zu informieren?
3. Ermöglicht das Fremdenpolizeigesetz effiziente Maßnahmen gegen die illegale Arbeit von Ausländern? Welche fremdenpolizeilichen Maßnahmen sind insbesondere möglich, um die rechtswidrige Beschäftigung beziehungsweise Handelstätigkeit von sichtvermerksfrei eingereisten polnischen Staatsangehörigen zu verhindern?
4. Welche fremdenpolizeilichen Maßnahmen haben Sie bereits ergriffen oder beabsichtigen Sie zu ergreifen, um die illegale Beschäftigung von Ausländern durch österreichische Unternehmen einzudämmen? Sind solche Maßnahmen insbesondere hinsichtlich des Problems von sichtvermerksfrei eingereisten polnischen Staatsangehörigen bereits in Angriff genommen beziehungsweise eingeleitet worden?